

Vielen Dank für euer Kommen und dafür, dass ihr hier heute mit uns gemeinsam gegen Kriegslogik und Militarisation und stattdessen für offene Grenzen auf die Straße geht. Ich spreche heute für die Basisdemokratische Linke hier in Göttingen.

Wir alle wissen: Die Zeiten sind hart! Es gibt eine ganze Menge Anlässe auf die Straße zu gehen. Nicht endende Kriege in der Ukraine und in Gaza, die Debatte um eine Wehrpflicht, die immer wieder auftaucht, umfassende Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich, Wahlsiege der AfD, rechte Attacken auf CSDs. Aber auch hier direkt vor Ort gibt es wieder vermehrt rechte Sticker, Hakenkreuz-Schmierereien im Iduna Zentrum und massenweise Werbung fürs Sterben durch die Bundeswehr. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, dass wir solidarisch zusammenstehen und dem Ganzen autoritären und militaristischen Übel gemeinsam etwas entgegensetzen.

Diese Entwicklungen fallen nicht einfach zufällig zusammen. Die bürgerlichen Parteien geben nicht zufällig ihre angebliche Brandmauer gegenüber der AfD auf. Rassismus und Antisemitismus werden nicht zufällig salonfähiger. Wir erleben die eklatante gesellschaftliche Normalisierung rechter Talking Points. Autoritarismus und rechte Hetze bieten einfache Antworten auf komplizierte Fragen und werden gesellschaftlich angenommen. Dabei bleiben ökologische und soziale Interessen auf der Strecke. Wie sollen diese denn auch finanziell gedeckt werden, wenn die angebliche Antwort auf alle Probleme doch die massive Abschottung und Aufrüstung ist.

Hier spielen verschiedene Ebenen zusammen: Zum einen beobachten wir eine massive Faschisierung im inneren der BRD, zum anderen eine menschenfeindliche Außenpolitik der BRD und der Europäischen Union. Angeheizt wird beides durch ein konkurrenzbasierendes, auf Nationalstaaten beruhendes und profitorientiertes Wirtschaftssystem, was auf einem endlichen Planeten an seine Grenzen stößt, Menschen in Individualisierung zurücklässt und zwangsläufig in nationaler militaristischer Konkurrenz ausgetragen wird.

Die Einigung zwischen dem EU-Rat und dem EU-Parlament zum europäischen Asylpakt (Gemeinsames Europäisches Asylsystem/GEAS) zeigt deutlich, dass sich Europa dem Druck von rechtspopulistischer Seite gebeugt hat. Das neue Asylrecht, das ab Mitte 2026 in Europa gilt, enthält vielfältige Bestimmungen, die Menschen den Zugang zum Asyl in der Europäischen Union erschweren und zum Teil auch unmöglich machen. Es drohen eklatante Verstöße gegen das individuelle Asylrecht, völkerrechtliche Verpflichtungen und internationale Menschenrechtsnormen. De facto stellen die im Pakt vereinbarten Regelungen eine Abkehr vom System der Genfer Flüchtlingskonvention dar. Das Recht auf Asyl bleibt zwar auf dem Papier bestehen, kann von vielen Schutzsuchenden aber nicht mehr wahrgenommen werden. Zu den bereits bestehenden Zäunen, Mauern, Überwachungstechniken und Pushbacks kommen nun noch mehr Inhaftierungen Schutzsuchender an den Außengrenzen und neue menschenrechtswidrige Deals mit autokratischen Regierungen. Währenddessen werden weitere Verschärfungen diskutiert: Insbesondere das Konzept der »Sicheren Drittstaaten«, in die Flüchtlinge ohne inhaltliches Verfahren zurückgeschoben werden dürfen, stellt einen gravierenden Schritt hin zur Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in Länder außerhalb der EU dar. Auch die Vereinbarungen der rechtspopulistischen Regierung Italiens mit Albanien über die Einrichtung von Asylzentren sollen dazu führen, Flüchtlingen den Schutz in Europa zu verwehren. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass die Einhaltung der Menschenrechte und faire Asylverfahren hier noch irgendeine Rolle spielen werden.

Nationale und staatliche Konkurrenz werden militärisch ausgetragen, die Zivilbevölkerung leidet vielfach darunter und überall werden die Menschen gnadenlos nach Herkunft und Verwertbarkeit eingeteilt. In Europa ist die zentrale Antwort auf diese ganzen Krisen: Grenzen hoch! Wir erkennen das Leid und die Probleme in der Welt, doch die Antwort soll sein, dass wir uns abschotten um noch ein paar Jahre länger auf Kosten Anderer zu leben.

In diesem Kontext wird auch die Klimakrise immer relevanter. Konflikte um knappe Ressourcen nehmen zu, Menschen werden durch das veränderte Klima vertrieben und müssen irgendwo anders hin; Konflikte die militärisch ausgetragen werden und abermals Flucht produzieren. Die Klimakrise steht in Verbindung zu den anderen aktuellen Krisen und verschärft sich mit diesen gegenseitig. Anstatt dieser Krise solidarisch zu begegnen werden Menschengruppen gegeneinander ausgespielt. Wird es Menschen ermöglicht, sich gemäß ihrer Bedürfnisse einen geeigneten Platz zum Leben zu suchen? Nein wohl kaum! Die Welt wird eingeteilt in bewohnbar und nicht bewohnbar, die Grenzen dieser Teilung werden mit Waffengewalt verteidigt. Seenotrettung unterbunden. Außengrenzen künstlich ins Nord-afrikanische Ausland verlegt. Die wirklichen Ursachen sozialer Missstände werden nicht behandelt. Dies ist ein Muster, dass wir auch aus anderen Bereichen und Debatten kennen. Und das verwundert nicht. Diese autoritäre Außenpolitik überträgt sich gleichsam ins Innere und stößt dort auf fruchtbaren Boden.

In diesem Kontext brechen die moralen Ansprüche und Ideale der Politik zusammen. Es ist nicht nur die AfD die hetzt, es sind auch die anderen Parteien, die gerade zuletzt das Sicherheitspaket verabschiedet haben und sicher der gleichen Logik hingeben. Statt die wirklichen Ursachen zu bekämpfen, die die vielfachen sozialen Missstände verursachen, wird der autoritäre Schrei nach Sicherheit laut.

Mit dieser Staatlich gepredigten Sicherheit kommt eine verstärkte Einschränkung im Asylsystem einher. Der Gesetzesentwurf sieht Änderungen im (1 Abs. 4 im) Asylbewerberleistungsgesetz vor: Sozialhilfe kann schneller gekürzt werden, und Asylsuchenden, für deren Asylantrag ein anderes EU-Mitgliedsstaat zuständig ist, sollen zukünftig nach zwei Wochen alle Sozialleistungen gestrichen werden können.

Desweiteren wird in diesem Zusammenhang sogar über die Entlassung aus betreuten Unterkünften diskutiert, was de facto die Entlassung in die Obdachlosigkeit bedeuten könnte. Diese vermeintliche Sicherheit offenbart also die Unsicherheit / Fragilität des Schutzes vieler schutzbedürftiger Menschen. Darüber hinaus sieht das neue Gesetzespaket erweiterte polizeiliche Kontroll- und Überwachungsbefugnisse vor. Unter anderem sollen im Internet veröffentlichte Fotos und Videos mit Gesichts oder Spracherkennung analysiert werden dürfen. Diese Kontrollen zeigen ihre rassistischen Mechanismen in neuen verstärkten Vorwänden für Racial Profiling. Gleichzeitig wurden die Regelungen für Abschiebungen und Ausweisungen vereinfacht. Auch Binnengrenzkontrollen sollen verstärkt und verlängert werden. All diese no Aufrüstung, wird nicht zu weniger Migration oder gar mehr „Sicherheit“ führen. Ganz im Gegenteil dieser sog. Sicherheitspakt beschreibt mehr Gewalt, mehr Tote und mehr Verfolgung.

Wir Linke müssen hieraus Konsequenzen ziehen. Wir müssen der wahrscheinlichen Aussicht in die Augen schauen, dass das gesellschaftliche Klima alsbald nicht besser wird. Die strukturellen Ursachen nehmen zu. Und die Antworten hierauf bleiben geprägt von Rassismus, Militarismus und Autoritarismus. Es ist derzeit kein politisches Projekt in Sicht, was dieser Entwicklung aussichtsvoll die Stirn bieten kann.

Wir müssen anfangen uns ernsthaft Gedanken darüber zu machen, was dies für unsere Praxis heißt. Wie sieht eine konkrete solidarische Praxis zu jenen aus, die besonders von den Konsequenzen des Rechtsrucks betroffen sind? Was sind geeignete Bündnispartner*innen? Welche Bedürfnisse und Sorgen lassen sich emanzipatorisch politisieren, ohne hierbei den rechten Versuchungen zu erliegen? Ließe sich so eine Brücke zur Mehrheit schlagen? Und ließe sich zumindest ein Teile hiervon links politisieren? Wie sieht eine Praxis aus, die die eigene marginale gesellschaftliche Stellung ernst nimmt? Wie schützen wir unsere eigenen Strukturen vor Angriffen? Wie bewahren wir linke Ideen? Wie gelingt es uns, einen politischen Modus der Überwinterung zu finden, der sich nicht darin genügt, in der Winterstarre zu verharren?

Denn wir müssen auch ins Handeln kommen.

Wir müssen wieder in die Konfrontation gehen! Wir müssen unsere Feindschaft zu diesem Staat und den rechten Bestrebungen deutlich machen. Wir müssen laut werden!

Vielen Dank.

Solidarische Grüße und bis bald,
BL